



Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE6640154530000008664 BIC: WELADE3WXXX

Hamburg, 01.12.2024

Briefaktion 21/24 – **BELARUS:** *Maria Kalesnikava u. weitere inhaftierte Frauen*

Folter, unmenschliche Haft



Belarus: 9,8 Mio. Einwohner auf 207.595 km² Fläche, BSP/Einw. 6530 \$ (2012), Bevölkerung: 81% Weißrussen, 11% Russen, 4% Polen, 2% Ukrainer sowie Tataren u.a., Religion: 60 % Russisch-Orthodoxe, 8% Katholiken, Minderheiten von Protestanten, Juden, Muslimen. Belarus hat den *Int. Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



Zum Tag der Menschenrechte erinnern wir mit ACAT-Schweiz an das Schicksal der inhaftierten belarussischen Oppositionellen **Maria Kalesnikava** und weiterer gefangener Frauen. Maria Kalesnikava war am 7. September 2020 festgenommen und zunächst an einen geheimen Ort gebracht worden. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde sie aufgrund konstruierter Anklagen zu elf Jahren Haft verurteilt. Sie befindet sich nun in der Frauenstrafkolonie Gomel. Von Februar 2023 bis November 2024 war sie von jeglichem Außenkontakt abgeschnitten. Sie darf ihre Zelle nur 30 Minuten am Tag verlassen. Der Kontakt zu anderen Insassinnen ist ihr untersagt. Diese unmenschlichen Bedingungen haben sich stark auf ihre Gesundheit ausgewirkt. Obwohl Maria Kalesnikava an einem Magengeschwür leidet und massiv an Gewicht verloren hat, verweigern ihr die Behörden eine ärztliche Behandlung. Freigelassene berichten, sie würde nur noch 45 kg wiegen.

21 Monate lang gab es keine Neuigkeiten zu Maria Kalesnikava. Es wurde sogar befürchtet, sie könnte gestorben sein. Mitte November 2024 meldeten Medien, dass ihr Vater sie im Gefängnis hospital besuchen durfte. Es wurde berichtet, Maria Kalesnikava überlege sich, ein Gnadengesuch an den diktatorisch regierenden Präsidenten Alexander Lukaschenko zu stellen.

Maria Kalesnikava ist Musikerin und hat fast dreizehn Jahre lang in Deutschland gelebt. Ihr Studium hat sie an der Musikhochschule in Stuttgart absolviert. Sie arbeitete als Querflötenlehrerin und initiierte Musikprojekte. Später wandte sie sich der Politik zu.

Ihre Schwester erklärte kürzlich gegenüber dem Fernsehsender Euronews: „2022 hatten wir mehrere Anrufe mit Mascha [Maria], für fünf oder sechs Minuten per Videoanruf in der Kolonie. Dann wurde ihr im August gesagt, dass wir nicht mehr mit ihr sprechen würden.“ Bis Februar 2023 konnte die Familie mit ihr zumindest noch über Briefe in Kontakt bleiben, bis auch dieser Austausch unterbrochen wurde.

Es gibt Hinweise, dass Maria Kalesnikava immer wieder in eine Strafzelle verlegt wird. Die Bedingungen dort sind besonders hart. Eine ehemalige Gefangene beschrieb sie als einen Raum, der höchstens zwei Meter breit und einige Schritte lang ist. In der Zelle sei es so kalt, dass die Gefangenen sich alle zehn bis 15 Minuten bewegen müssten, um sich warm zu halten. Zum Schlafen gäbe es nur ein Holzbrett. Bettwäsche sei nicht vorhanden.

Maria Kalesnikavas Schwester schätzt die Gründe der Isolation so ein: „Vielleicht, damit andere Frauen in der Kolonie den Mut verlieren.“ Jede Äußerung von ihr muntere die Mitgefangenen sehr auf – offenbar zum Missfallen des Regimes. Die Behandlung politischer Gefangener soll sich weiter verschlechtern haben.

Insbesondere auf Frauen wird noch mehr Druck ausgeübt. Ein Bericht der Deutschen Welle schildert Demütigungen in der Strafkolonie Gomel, gezielte Anstachelung zur Bespitzelung unter Gefangenen, Ausbeutung durch Zwangsarbeit, stundenlange Inhaftierungen in Käfigen und weitere Misshandlungen.



Bitte unterschreiben Sie den Appell an den Innenminister der Republik Belarus und senden Sie eine Kopie an die Botschaft in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto nach Belarus, Luftpost, 1,10 EUR; nach Berlin 0,85 EUR).

Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.12.2024.

[Fax-Nr. der Botschaft: 030/53635923, S.E. Herrn Andrei Shuplyak, Gesandter-Botschaftsrat (Geschäftsträger a.i.);
E-Mail: germany@mfa.gov.by]



Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE6640154530000008664 BIC: WELADE3WXXX

Hamburg, 01.12.2024

Briefaktion 22/24 – **ISRAEL / TÜRKEI:** *israelische Geiseln in der Gewalt der Hamas*
Folter, Verschwindenlassen



Israel: 7,9 Mio. Einwohner auf 20.991 km² Fläche, BSP/Einw. 28.930 \$ (2011), Religion: 80% Juden, 17% Muslime, 2% Christen, 1,7% Drusen. Israel hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* sowie das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



Nach der an den Iran gerichteten Briefaktion vom November soll nun auch an die Türkei appelliert werden, die palästinensische Terror-Organisation Hamas zur Freilassung der **israelischen Geiseln** zu bewegen.

Die zunehmend islamistisch regierte Türkei verfügt zweifellos über Einfluss auf die Hamas. Im April 2024 empfing der türkische Staatspräsident Erdogan in Istanbul demonstrativ den damaligen Chef der Hamas. Über einen Einsatz für die Geiseln ist nichts bekannt. Erdogan sprach vielmehr von einem Sieg über Israel und mahnte dazu die Einheit der Palästinenser an. Nach dem Terrorangriff vom **7. Oktober 2023** hatte er die Hamas verharmlosend als „Widerstandsgruppe“ bezeichnet. Im Juli 2024 drohte er selbst Israel in drastischen Worten mit Hinweis auf türkische Kriegseinsätze: „Genauso, wie wir nach Libyen und Bergkarabach einmarschieren, können wir ähnliches auch bei ihnen machen“.

Die Hamas unterhielt bisher seit Jahren im Golfstaat Katar ein „Politbüro“. Katar geriet wegen der Finanzierung und Beherbergung der Terroristen stark in die Kritik. Medienberichten zufolge könnte Katar die Hamas nun ausgewiesen haben.

Es gibt Vermutungen, dass das Führungspersonal der Hamas anstrebt, in der Türkei ein neues Büro zu eröffnen. Auch der Türkei wird immer wieder vorgeworfen, die Hamas finanziell und politisch zu unterstützen.

Bereits jetzt gilt laut einem Artikel der Deutschen Welle die Türkei als sicherer Aufenthalts- und Zufluchtsort für das Führungspersonal der Hamas. 2020 hatte die Türkei dem inzwischen getöteten Hamas-Chef Hanija und weiteren Terroristen die türkische Staatsbürgerschaft zuerkannt. Weiter heißt es in dem Bericht: „Zudem gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass die Türkei eine wichtige Rolle bei der Finanzierung der Hamas spielt. So unterhält die Organisation verschiedenen Recherchen zufolge Konten bei türkischen Banken, über die unter anderem Spenden von Unterstützern aus EU-Ländern an die Islamisten fließen.“

Am 7. Oktober 2023 überfiel die Hamas mit verbündeten Terror-Gruppen zivile Wohngebiete in Israel, öffentliche Veranstaltungen sowie Militärstützpunkte im Süden Israels. Die Terrorattacke der Hamas war das schwerste Massaker an jüdischen Menschen seit dem Holocaust.

Die Hamas-Kämpfer setzten Häuser in Brand, verbrannten, verstümmelten und erstickten Kinder, Frauen und Männer. **Mehr als 1.200 Menschen starben unmittelbar durch das Massaker der Hamas.**

Laut Nachrichtenagentur AFP (Agence France-Presse) nahmen die bewaffneten Gruppen **251 Zivilpersonen** und Mitarbeitende der israelischen Sicherheitskräfte **als Geiseln** und verschleppten sie nach Gaza.

Am 1. Juli befanden sich laut AFP noch 116 Geiseln im Gazastreifen, darunter die Leichname von mindestens 42 Ermordeten. Aktuelle Berichte über geborgene Leichname mehrerer Geiseln zeigen, dass die Entführten noch immer unter grausamsten Bedingungen – auf engstem Raum – festgehalten werden und weiterhin Folter, Vergewaltigungen, Dunkelheit, ständiger Fesselung und Hunger ausgesetzt sind.

Human Rights Watch und Amnesty International bezeichnen die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht als Kriegsverbrechen, HRW spricht auch von Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Terroristen verwehren den Gefangenen bis heute Zugang zu unabhängigen Beobachtermissionen wie dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz.



Bitte unterschreiben Sie den Appell an den Präsidenten der Republik Türkei (Türkiye) und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto, Luftpost, in die Türkei 1,10 EURO; nach Berlin 0,85 EUR). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.12.2024.*

[Fax-Nr. der türkischen Botschaft: 030/27590915, S.E. Herrn Ahmet Başar Şen; E-Mail: botschaft.berlin@mfa.gov.tr]